

Die Kleinbasler Zeitung hat den Basler Bürokratie-Irrsinn am eigenen Leib erfahren

Für die Bewilligung von einfachen Gesuchen brauchen die Behörden nicht nur viel zu lange, sie belästigen die Antragssteller auch mit absurden Dokumentationspflichten. Die Politik muss dringlich Gegensteuer geben.

Von Christian Keller

Zunächst eine Quiz-Frage: Wie lange dauert es, bis in Basel-Stadt die Bewilligung für das Aufstellen von Zeitungskästen eintrifft? Zur Erläuterung: Es sind keine baulichen Massnahmen erforderlich, die Box kann in zwei Minuten positioniert und mit Gewichten im Gehäuse befestigt werden.

- 2 Wochen
- 1 Monat
- 3 Monate

Selbstverständlich sind alle Antworten falsch. Die Bewilligungsdauer in Basel-Stadt beläuft sich vielmehr auf zehn Monate. Zehn Monate – um an Tramhaltestellen Zeitungsbehälter zu platzieren, wie sie bereits seit vielen Jahren von 20 Minuten betrieben werden respektive betrieben wurden. Bekanntlich hat der Zürcher Medienverlag TX Group die Pendlerzeitung inzwischen eingestellt.

Wie das Bewilligungsverfahren zur Odyssee wurde

Doch beginnen wir von vorne: Im Herbst 2024 fällten wir den Entscheid, die Verteilung der Kleinbasler Zeitung auf das ganze Kantonsgebiet auszudehnen und die Auflage auf 100'000 Exemplare zu steigern. Gleichzeitig beschlossen wir, rund 30 Zeitungskästen zu installieren.

Die meisten Standorte befanden sich auf privatem Grund, einige davon jedoch auf Allmend. Also reichten wir am 3. Dezember 2024 beim Bau- und Verkehrsdepartement ein Gesuch ein. Konkret stellten wir den Antrag, an acht Tramhaltestellen einen KBZ-Zeitungskasten einzurichten. Die Bewilligung wurde uns



«Absurd ist nur das Vorwort»: Christian Keller, Verleger KBZ.

schliesslich nach einer langen Odyssee erteilt – am 15. September 2025. Also zehn Monate später.

Die aktuellen Verhältnisse bei Bewilligungsverfahren in Basel sind wirtschafts- und innovationsfeindlich.

Ich habe zum Bürokratie-Irrsinn, wie wir ihn bei der Kleinbasler Zeitung erlebt haben, lange geschwiegen. Man sollte aus meiner Sicht auch als Journalist nicht alle Ereignisse, die nicht rund laufen, umgehend an die Öffentlichkeit tragen, sondern zunächst das Gespräch suchen.

Doch unser Fall ist ein Paradebeispiel dafür, was bei den Basler Behörden schief läuft.

Denn nicht nur die lange Bearbeitungsfrist ist das Problem, sondern auch der Umgang mit den Antragstellern. So verlangte

die Allmendverwaltung zunächst, dass wir alle geplanten Standorte fotografieren. Also machte unsere Mitarbeiterin zum Beispiel ein Bild vom Marktplatz. Oder von der Heuwaage. Offenbar sind diese Orte im Baudepartement nicht bekannt (ich empfehle eine Stadtführung).

Dann wurde es immer absurder. Wir sollten millimetergenau einzeichnen, wo die Kästen stehen sollen. Unser Vorschlag, das Amt solle die Standorte festlegen, blieb unbeachtet. Derweil führte der Upload-Link, den uns die zuständige Staatsangestellte schickte, ins Nichts – «page not found».

Und so ging es immer weiter mit den bürokratischen Zumutungen. Auch eine Fachstelle des Justiz- und Sicherheitsdepartements schaltete sich auf einmal ein, und forderte Detailangaben zur Distanz der Zeitungskästen zum Trottoirrand. Wochenlang hörten wir

nichts – ausser den Hinweis, man sei «an der Sache dran».

Zwei Regierungsräte mussten Machtwort sprechen

Erst, als wir zum äussersten Mittel griffen und Bau- und Verkehrsdirektorin Esther Keller anschrieben, ging es voran. Es brauchte dann noch ein Machtwort von Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann, damit wir mit zwei Amtspersonen die Tramhaltestellen besichtigen konnten. «Vorzugsweise mit dem Velo», wie es in der E-Mail hiess. Ein völlig unnötiger, moralisch gefärbter Satz.

Bei diesem Augenschein wurde schliesslich festgestellt – wer hätte es gedacht? –, dass das Aufstellen der Zeitungskästen keinerlei Probleme bedeutet.

Dass es für eine solche Lapalie die Intervention von zwei Regierungsrätinnen braucht (denen ich sehr dankbar bin), ist peinlich. Ich will gar nicht wissen, wie das Basler Bürokratiemonster wütet, wenn komplexe Gesuche zu bearbeiten sind.

Umso mehr ist zu begrüssen, dass der Gewerbeverband wie auch die Handelskammer beider Basel eigene Kampagnen lanciert haben, um die Bürokratiemissstände anzupacken. Die Politik muss dringlich handeln und Schnellverfahren nicht nur fordern, sondern durchsetzen.

Denn eines ist offenkundig: Die aktuellen Verhältnisse sind wirtschafts- und innovationsfeindlich und schaden Basel.

Sind Sie auch ein Bürokratieopfer? Melden Sie Ihren Fall den Wirtschaftsverbänden.

HKBB

Gewerbeverband

